

Helmut Bärwald

Von Grotewohl/Pieck zu Wowereit/Gysi

Jahrgang 1928, 1946 aus politischen Gründen nicht zum Studium an der Universität Leipzig zugelassen. Ab Januar 1947 Mitglied einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe in Leipzig; Mai 1948 Flucht aus der SBZ. Mai 1949 Eintritt in das Ostbüro der SPD; ab 1966 Leiter des zur gleichen Zeit in "Referat für gesamtdeutsche Fragen" umbenannten Ostbüros.

Januar 1971 Auflösung des Ostbüros. Bärwald schied als Referent beim Parteivorstand der SPD aus; September 1971 Austritt aus der SPD. Seit 1971 freiberuflicher Publizist; zahlreiche Veröffentlichungen zum politischen Extremismus, zur inneren Sicherheit, zur politisch-psychologischen Kriegsführung der Kommunisten, zu ost- und deutschlandpolitischen Themen.

Bücher:

Als Mitautor: Der SED-Staat, Köln 1963; Partisanen ohne Gewehr-Funktion, Methoden und Argumente kommunistischer Infiltration, Köln 1967; Rechts-Links, Bonn 1968.

Als Allein-Autor: DKP – Die kommunistische Bündnispolitik in Deutschland, Köln 1970 und 1971; Trojanische Kavallerie – Anmerkungen zum psychologisch-politischen Krieg gegen die Freiheit, München 1976; Mißbrauchte Friedenssehnsucht – Ein Kapitel kommunistischer Bündnispolitik, Bonn/Düsseldorf 1983; Spiegel-Fechtereien, Herford 1987; Das Ostbüro der SPD 1949 – 1971: Aufstieg und Niedergang, Krefeld 1991.

Die Sehnsucht und die „Einheit der Arbeiterklasse“

Vorwort von Heinrich Lummer

Die Geschichte des Sozialismus und seiner tragenden Parteien SPD und KPD nach dem ersten Weltkrieg und SPD und SED in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist ständig auch von der Sehnsucht nach der „Einheit der Arbeiterklasse“ und dem Bemühen um Volksfrontvarianten beherrscht gewesen.

Helmut Bärwald registriert nach dem zweiten Weltkrieg drei Vorgänge dieser Art: Die Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ zur SED, die Annäherung und schließlich Kooperation zwischen SPD und SED seit Ende der 60iger Jahre und schließlich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Regierungskoalitionen nach der Wiedervereinigung.

Dabei sind die Motive unterschiedlich gewesen: Ideologische Nähe, der gemeinsame Kampf gegen einen wirklichen oder vermeintlichen politischen Gegner oder auch nur der Machterhalt im Sinne eines Ausbaus struktureller Mehrheiten links von der CDU. Eine solche Mehrheit links von der CDU hatte es in Berlin schon vor dem Platzen der Großen Koalition gegeben. Nur sah sich die SPD wegen der Schamfrist noch nicht in der Lage, sie auch machtpolitisch zu nutzen.

Es gibt keinen Zweifel, daß die SPD die Große Koalition nur widerwillig getragen hat. Schließlich war sie nur Juniorpartner. Sie ist nur unter großem Zögern in diese Koalition eingetreten. Und gewiß hat sie immer wieder nach Ausstiegchancen gesucht. Aber in der Vergangenheit boten die demoskopischen Voraussagen der SPD keine sinnvolle Chance und auch die CDU keine hinreichend kritikwürdigen Anlässe. Der Verbleib der Sozialdemokraten in der Großen Koalition war nicht zuletzt deshalb notwendig, weil es in der Vergangenheit für einen rot-grünen Senat nicht reichte. Das ist möglicherweise noch immer der Fall. Deshalb entpuppte sich als eine der Schlüsselfragen für den Ausstieg, ob denn die Partei und Wählerschaft der SPD bereit seien, notfalls auch eine Tolerierung oder Koalition der SPD mit der Partei der Mauerbauer-Nachfolger zu verkraften. In der zurückliegenden Zeit war die Berliner SPD wegen einer Gefahr der Spaltung nicht bereit, eine Duldung durch oder Koalition mit der PDS ins Auge zu fassen. Diese Zeit ist nun vorbei. Zehn Jahre nach dem Ende der DDR wird die SED/PDS als tragfähiger Partner angesehen. Die SPD ist bereit, die Mauerbauer an die Macht zu bringen oder die eigene Macht auf die

Mauerbauer zu gründen. Die Partei der Mauerbauer ist für die SPD hoffähig geworden. Es gilt festzustellen: Grundsätzlich und bundesweit ist die SPD nun bereit mit der SED/PDS Koalitionen einzugehen. Damit vollzieht sie einen Bruch ihrer eigenen Aussagen. Manche Sozialdemokraten werden dies vielleicht – ohne Zynismus versteht sich – mit dem Wort Willy Brandts rechtfertigen, daß nun zusammen wächst was zusammen gehört. Damit räumt die SPD faktisch auch die politische Mitte. Wer mit der PDS zusammengeht, verschiebt das politische Koordinatensystem nach links.

Mit diesem Zustand hat man rechnen müssen. Für Oskar Lafontaine war die Dresdner Erklärung der SPD, die eine Zusammenarbeit mit der PDS ausschloß schon 1999 von der Wirklichkeit überholt und ein „alter Hut“. Allerdings wird die Kooperation der alten Linken vielen Berlinern besonders aufstoßen. Hier gab es die meisten Maueropfer: Getrennte Familien, verfolgte Sozialdemokraten, die gespaltene Stadt, Tote an der Mauer. Es wird sich nun zeigen, wie sich die Berliner mit einer solchen Aussicht abfinden. Gewiß werden sich in Berlin (Ost), wo die meisten Nutznießer des SED-Staates wohnen, viele freuen und entsprechend wählen. Aber in Berlin (West) sitzt die Abneigung gegen die Mauerbauer-Nachfolgerpartei tiefer als man es mit roten Socken ausdrücken kann. Die WELT berichtete am 06. 08. 01 über eine FORSA-Umfrage, nach der „knapp jeder Zweite“ im Westen auf eine Regierungsbeteiligung der PDS mit Skepsis blickt und im Osten 43 %. Danach erwarten insgesamt 39 % der Deutschen nichts Gutes von der PDS. Bezeichnend ist, daß ausgerechnet die Anhänger der Grünen eher Positives von der PDS erwarten, nämlich 57 %. Nur 9 % der grünen Anhänger erwarten Schlechtes von einer Beteiligung der PDS. Bei den Anhängern der SPD sind es immerhin 31 % die Schlechtes und nur 29 % die Gutes von einer solchen Beteiligung erwarten. 32 % erwarten keine Auswirkungen.

Für die SPD sind die Überlegungen jedenfalls klar: In den neuen Ländern spielt weder die FDP noch spielen dort die Grünen eine nennenswerte Rolle. Wenn die SPD dort die Macht umfassend ergreifen will und die CDU verdrängen will, bedarf es der Hilfe der PDS, weil es der SPD nach der Wende nicht gelungen war in den neuen Ländern zu einer großen Volkspartei zu avancieren. Der Erfolg der CDU in den neuen Ländern war ja eine der großen Überraschungen nach der Wende. An dem Willen der SPD mit Hilfe der PDS diesen Zustand zu ändern kann nicht gezweifelt werden. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dann hat die Art und

Weise des Ausstiegs aus der Großen Koalition diesen geliefert. Vorausgegangen waren Gespräche der Berliner SPD-Führung mit dem Kanzler. Erst danach kam die Forderung nach Neuwahlen. Noch am 28. Mai erklärte der Landesvorsitzende Strieder großspurig: „Neuwahlen lösen die Banken- und Finanzkrise des Landes Berlins nicht. Gerade jetzt ist eine handlungsfähige Regierung gefragt. PDS und Grüne gelten ja nicht gerade als Haushaltssanierer.“ Dann meinte er plötzlich das Gegenteil. Bei der PDS sah er großartige Ansätze für die Haushaltssanierung. Ein Neuanfang sei notwendig und eine handlungsfähige Regierung gäbe es auch ohne die CDU.

Auch hat die SPD keinen eigenen Sanierungsplan vorgelegt. Sie unterzog sich nicht der Mühe und lehnte den der CDU ab, obwohl er weitestgehend Sparvorschläge der SPD und der Grünen enthielt. Man wollte einfach nicht mehr. Der Spitzenkandidat der SPD erschien bei der entscheidenden Sitzung ohne Notizen vor einem leeren Tisch. Er wollte nur noch die Sache platzen lassen. Die Finanzkrise war als Ausstiegsinstrument entdeckt – und benutzt, weil man nun bereit war zu sagen: Koalitionen mit der PDS sind nicht mehr ausgeschlossen.

Die Einheit der Arbeiterklasse läßt grüßen. Im Gegensatz zur Zwangsvereinigung 1948 ist ein freiwilliger Zusammenschluß in Sicht. Zehn Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur ist die SPD bereit die im Namen veränderte SED als Koalitionspartner zu akzeptieren. So erhofft sie sich die Machtübernahme in den neuen Ländern. Für dieses Ziel ist sie bereit, den nicht widerlegbaren Vorwurf zu kassieren, der Ausstieg sei lange geplant gewesen und nur der Anlaß abgewartet worden. Für dieses Ziel war sie auch bereit aus der durch zehnjährige Regierungsbeteiligung entstandenen Mitverantwortung auszusteigen. Für dieses Ziel hat sie den Wortbruch in Kauf genommen.

Dem Umfall der SPD war jene Kampagne gegen „Rechts“ vorausgegangen, die von einer Front aller „Anständigen“ geführt wurde. Das Ziel dieser Kampagne bestand auch darin, die PDS und linke Extreme in die Gruppe der „Anständigen“ einzureihen. Wenn ein linker Gewalttäter gegen rechts kämpft, verliert er den Makel eines Gewalttäters. Wenn eine linke partiell verfassungswidrige Partei wie die PDS in der Front der Anständigen gegen „Rechts“ kämpft, wird sie koalitionsfähig. Insofern war jene Kampagne auch ein Stück Vorbereitung für den Umfall der SPD. Eine der schlimmsten Folgen der Zusammenarbeit der SPD mit der SED/PDS wird darin bestehen, daß die Täter von damals nun und demnächst wieder über ihre

Opfer entscheiden. In Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Prozeß deutlich erkennbar. „Die alten Seilschaften drängen schon wieder in die erste Reihe“ berichtet der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern. Nicht nur dort ist dieses Erwachen der alten Seilschaft zu erkennen. Die SPD erweist sich insofern als verantwortlich für die Mißachtung der Opfer der SED und des Kommunismus. Vielleicht ist die Gretchenfrage der Demokratie heute diese: Wie hältst du es mit dem Totalitarismus und den Feinden der demokratischen Verfassung? Die PDS ist einschlägig vorbelastet. Wer bereit ist mit ihr zu koalieren, ist bereit unsere Zukunft aufs Spiel zu setzen.

Die Abkehr von sozialdemokratischen Idealen

Was 1946 nur unter Zwang und massiven Drohungen möglich war – nämlich die Vereinigung der KPD und der SPD zur SED – diese Abkehr von den Grundwerten der Deutschen Sozialdemokratie erlebt zur Zeit eine Neu-Auflage, allerdings in geänderter Form:

Freiwillig und von den SPD-Oberen freudig begrüßt entstanden und entstehen neue Koalitionen zwischen SPD und PDS/SED. Und in Berlin, dem Symbol der Freiheit, droht die Machtübernahme durch PDS und SPD. Dabei tut die SPD-Führung so, als sei dies die natürlichste Sache der Welt. Man dürfe der PDS nicht "die Ankunft in der Demokratie" verweigern, heißt es unter Genossen. Als ob die PDS dies je versucht hätte!

Diese Broschüre beleuchtet den Wandel der SPD von Kurt Schumacher bis Klaus Wowereit und legt die Abkehr von sozialdemokratischen Idealen offen.

DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.

1. Täuschung I

1946 in der SBZ: SPD + KPD = SED

Der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Hans-Peter Schwarz sagte auf einem Symposium im Sommer 1990, es sei bei der "Aufarbeitung" der Geschichte der SBZ und des SED-Staates zum Beispiel auch von größtem Interesse für die Zeitgeschichtsforschung zu wissen, wie es seinerzeit, 1945/46, bei der Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone zur SED wirklich zugegangen ist, und wie sich danach frühere SPD-Funktionäre in der SED und im SED-Staat verhalten haben. Ich füge hinzu: Es ist ebenso notwendig, festzuhalten, wie sich die SPD ab den sechziger Jahren bis in die Gegenwart gegenüber der SED und deren Fortsetzungspartei PDS verhalten hat und verhält.

1.1. Zwangsvereinigung? Zwangsvereinigung!

Mit der Benennung der Verschmelzung von SPD und KPD in der SBZ als "Zwangsvereinigung" ist das so eine Sache. Zumeist wird diese Bezeichnung eines nunmehr über fünf Jahrzehnte zurückliegenden Vorgangs, der die deutsche Nachkriegsgeschichte unheilvoll bestimmte, allein auf die Schuld, auf den Terror, den Druck sowjetischer und deutscher Kommunisten bezogen. Die Entstehung der SED war freilich ein Musterbeispiel an Strategie und Taktik kommunistischer Aktionseinheitspolitik. Mit Methoden der Demagogie, der Verlockung, der Täuschungen und der brutalen Gewaltanwendung der sowjetischen Besatzer und ihrer deutschen Spießgesellen wurde das Instrument geschaffen, mit dem Moskau einen Teil Deutschlands beherrschen und sowjetisieren und die Eroberung ganz Deutschlands für den Sozialismus vorbereiten wollte. Doch was den Zwang bei der Herstellung der "Einheit der Arbeiterklasse" in Gestalt der SED betrifft, ist die Wahrheit erst mit Berichten von Sozialdemokraten, die gegen die Verschmelzung ihrer Partei mit der KPD entschiedenen Widerstand geleistet hatten, vollkommen dargestellt. Nur wenige Tage nach Gründung der SED am 20./21. April 1946 notierte einer dieser Widerständler in seinem Tagebuch:

"Die Einheitspartei wurde auf Grund sowjetischer Befehle geschaffen. Die marxistischen Funktionäre der SPD waren die Treiber in ihrer Partei für den Zusammenschluß von SPD und KPD. Die Mitgliedschaft der SPD wurde dabei rücksichtslos negiert." Tatsache ist: Massiven Zwang innerhalb der SPD haben der

Zentralausschuß (das war der Vorstand der SPD in der SBZ), die Landesverbände und die Mehrheit der SPD-Funktionäre in den Kreis- und Ortsverbänden gegenüber den Mitgliedern, vor allem gegen die offen aufbegehrenden Gegner ausgeübt. In einer vom Parteivorstand der SPD (in der Bundesrepublik Deutschland) 1950 vorgelegten Denkschrift "Das System des kommunistischen Terrors in der Sowjetzone" wird konstatiert, daß oppositionellen, nicht vereinigungswilligen Sozialdemokraten in der SBZ "durch den Mund des Renegaten Grotewohl" offen der Kampf angesagt wurde.

1.2. Der Weg muß ein gemeinsamer sein

Bereits vor der Zulassung von Parteien in der SBZ wandten sich SPD-Mitglieder, zukünftige Mitglieder des später gegründeten Zentralausschusses (Parteivorstandes) der SPD in der SBZ, unter anderem Max Fechner, Otto Grotewohl und Erich W. Gniffke, mehrmals an führende KPD-Funktionäre wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, um gemeinsame Besprechungen über die Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei zu führen. Der spätere SPD-Spitzenfunktionär und einer der eifrigsten Apologeten der Vereinigung der SPD mit der KPD, Max Fechner, hatte bereits am 28. April 1945, kurz nach dem Eintreffen der "Gruppe Ulbricht" aus Moskau und noch vor Beendigung des Krieges, an den "werten Genossen Ulbricht" unter anderem geschrieben:

"Wie ich von einigen politischen Freunden hörte, bist Du mit der siegreichen Roten Armee wieder in der Heimat angekommen und hast, wenn ich richtig informiert bin, sofort die politische Arbeit aufgenommen. Ich hätte gern mit Dir darüber gesprochen, wie es möglich wäre, endlich die so ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, daß bei der ersten Möglichkeit, sich wieder politisch betätigen zu können, über alle Vergangenheit hinweg der neu zu beschreitende Weg ein gemeinsamer sein muß zwischen KPD und SPD..."

1.3. Falsche Versprechungen

Am 10. Juni 1945 hatte der Chef der sowjetischen Besatzungstruppen, Marschall Shukow, den SMAD-Befehl Nr. 2 erlassen, mit dem die Gründung bzw. Wiedergründung politischer Parteien in der SBZ zugelassen wurde. Bereits einen Tag nach Erlaß des SMAD-Befehls Nr. 2 zog das KPD-Zentralkomitee einen Gründungsaufruf aus der Tasche. In diesem programmatischen Aufruf vom 11. Juni 1945 bekannte sich die KPD - knapp 10 Monate vor Gründung der SED und am Beginn der ersten Phase des Bolschewisierungsprozesses - zu der Auffassung, "daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen (sic!) Entwicklungsbedingungen in Deutschland". Der KPD-Gründungsaufruf versprach vielmehr die "Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk"! Die SPD in der SBZ war, was die Vereinigung mit der KPD anging, gespalten. Viele SPD-Mitglieder ließen sich von Erinnerungen an die "Einheit der Arbeiterklasse" blenden; andere wieder hofften auf die nahe bevorstehende Realisierung eines "demokratischen Sozialismus". Andere wieder vertrauten auf die "antifaschistische Solidarität" der kommunistischen "Klassengenossen". Der "Taktiker" - er hielt sich wohl für einen solchen - Otto Grotewohl, Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD in der SBZ, und viele seiner Mitläufer in Leitungsgremien der Partei auf allen Ebenen machten sich überdies gefährliche Illusionen über die Kommunisten und deren weltrevolutionäre Strategie.

Prof. Dr. Günter Benser, ehemals Direktor des nicht mehr bestehenden PDS-nahen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, zeichnete 1990 in einem Artikel über "Das Jahr 1945 und das Heute. Brüche - Rückgriffe - Übergänge" ein durchaus realistisches Bild, wenn er anmerkt, daß die Mehrheit des Zentralausschusses der SPD in der SBZ im Gegensatz zu Kurt Schumacher (dem Vorsitzenden der SPD in Westdeutschland) "nicht nur zu einer Neubewertung der KPD, sondern auch der Sowjetunion" gelangte. Es muß hinzugefügt werden: Nicht nur im Gegensatz zu Kurt Schumacher und der imposanten Mehrheit der Sozialdemokraten in Westdeutschland, sondern auch im Widerspruch zu unzähligen Sozialdemokraten in der SBZ. Bereits im Februar 1946 erschien in der SBZ die erste Ausgabe der gemeinsam von SPD und KPD herausgegebenen "Monatsschrift zur Vorbereitung

der Sozialistischen Einheitspartei" mit dem Titel "Einheit" (später Theorieorgan des ZK der SED). An der "1. Reichskonferenz der KPD" vom 2. bis 3. März 1946 nahmen offiziell Vertreter des Zentralausschusses der SPD teil. Grotewohl erklärte auf dieser Konferenz seine vorbehaltlose Zustimmung zu den kommunistischen Vorstellungen. Das geschah zur gleichen Zeit, als in der gesamten SBZ die ersten Sozialdemokraten wegen ihres Widerstandes gegen die bevorstehende Vereinigung ihrer Partei mit der KPD verfolgt, verhaftet, geschlagen, gefoltert, in die UdSSR verschleppt oder gar ermordet wurden. Doch nicht nur die KPD, sondern auch weite Teile der SPD in der SBZ wollten mit Gewalt die Vereinigung und machten jeden Widerstand nieder.

1.4. Druck auf Sozialdemokraten - aus der SPD

Der Zentralausschuß der SPD in der SBZ fuhr gegen die Vereinigungsgegner innerhalb der Partei schwerste Geschütze auf. In einer Anfang 1946 herausgegebenen Weisung wird zum Beispiel "befohlen": "Wir fordern unsere Genossen auf, an die zweifelhaften Funktionäre die Frage zu richten, ob sie für die sofortige Vereinigung sind. Wird diese Frage nicht mit einem klaren Ja beantwortet, so bitten wir unsere Mitglieder um sofortige Nachricht an den Bezirksvorstand, wer an die Stelle eines Spalters (sic) als Funktionär eingesetzt werden kann."

Franz Neumann, ein Sozialdemokrat der "ersten Stunde" nach Kriegsende in Berlin, später langjähriger Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin und Bundestagsabgeordneter, berichtete: Gegner der Vereinigung von SPD und KPD, "diese Verantwortungsbewußten gab es nicht nur in Berlin, sie gab es in der ganzen sowjetischen Zone, in Görlitz genauso wie in Rostock, in Frankfurt/Oder oder in Weimar. Sie opferten nicht nur ihre Zeit, ihr Geld, ihre Kraft, nein, sie opferten viel mehr: sie gaben ihre Freiheit und das Leben, um die Freiheit und das Leben ihres Volkes zu erhalten. Sie standen draußen in der Zone auf verlorenem Posten, denn sie standen unter dem Druck der Politoffiziere und ihrer eigenen Parteiführung, die sie so täuschte".

Der Zeitzeuge Arno Scholz, kämpferischer sozialdemokratischer Publizist in Berlin, berichtet aus eigener Erfahrung über die Ziele der Maßnahmen des Zentralausschusses der SPD in der SBZ gegen vereinigungsunwillige

Sozialdemokraten:

"Die Ausschlüsse (aus der SPD) sollten so gesteigert werden, bis der Parteitag der SPD eine vereinigungswillige Mehrheit zur Verfügung hat."

1.5. SBZ-SPD stimmt zu

Auf dem Parteitag der SPD in der SBZ vom 19. bis 20. April 1946 stimmten alle Delegierten für die Vereinigung ihrer Partei mit der KPD und damit für die Bildung der "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED). Die Konstituierung der SED erfolgte auf einem "Vereinigungsparteitag" am 21./22. April 1946 im Ostberliner Admiralspalast. Von den insgesamt 548 Delegierten des SPD-Parteitages kamen 103 ohne ordentliches Mandat aus den westlichen Besatzungszonen. Auf Antrag des SPD-Oberen in Sachsen, Otto Buchwitz, erteilte der Parteitag diesen 103 "als Gäste aus dem Westen" gekommenen SPD-Mitgliedern einstimmig das Delegations- und Abstimmungsrecht. Dieselben Delegierten der SPD (548, davon 103 aus den Westzonen) nahmen am SED-Gründungsparteitag teil. Auf diesem Vereinigungsparteitag wurden in den achtzigköpfigen Parteivorstand der SED acht SPD-Mitglieder aus den Westzonen gewählt. In der SED-offiziellen Geschichtsschreibung wurde behauptet, die Tatsache, daß sich der erste Parteivorstand der SED aus Vertretern aller Besatzungszonen zusammensetzte, unterstreiche, daß "es das Ziel der SED war, das große Werk der Einheit durch die Bildung einer gesamtdeutschen sozialistischen Einheitspartei zu vollenden". Und diese "West-Genossen" sollten gleichsam als Missionare der Einheitspartei die SPD-Genossen in Westdeutschland vom "richtigen Weg der SED" überzeugen.

1.6. Genossen, werdet im Westen Einheitsfanatiker!

Auf dem SBZ-SPD-Parteitag gab Grotewohl den Genossinnen und Genossen "aus dem Westen" diese Worte mit auf dem Weg:

"Wenn Ihr ... zurückgeht mit der unerschütterlichen Erkenntnis und dem inneren festen Willen, einer großen Sache für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse dienen zu wollen, dann laßt Euch nicht beirren und werdet im Westen Deutschlands Einheitsfanatiker...Man hat uns gesagt, wir hätten die SPD verschachert. Genossinnen und Genossen, wir haben die Sozialdemokratische Partei nicht

verschachert...seht Euch die Initialen dieser SPD an. Wir haben sie verändert. Gewiß. Wir haben das P aus der Mitte herausgenommen und wir haben das E dafür hineingesetzt...Und wenn man Euch weiter jene spitzfindigen und schraubend gestellten Formulierungen vorhält, in Deutschland sei Karfreitag die Sozialdemokratische Partei ans Kreuz geschlagen, dann vergeßt nicht, diesen Leuten dort drüben zu sagen, daß diese selbe Sozialdemokratische Partei aber Ostern zu größerer und gewaltigerer Zukunft sich erhoben hat. (Stürmischer und langanhaltender Beifall)."

1.7. Grotewohl, der große Täuscher

Das 1946 von Kurt Schumacher in Hannover gegründete Ostbüro beim Parteivorstand der SPD bezeichnete Otto Grotewohl als einen Mann, der zum Verräter wurde wie viele andere SPD-Funktionäre auch, und versuchte, die Frage zu beantworten, was bei diesem Mann zum "Umfall" und zur Täuschung geführt hat: "Der enttäuschte Ehrgeiz eines im Grunde seines Wesens doch beschränkten Mannes, der sich für die Führerrolle im gesamtdeutschen Rahmen prädestiniert sah, dürfte ein Grund gewesen sein. Und ein anderer der, daß er sich gegen den dauernden Druck der Sowjets nicht wehren wollte und wehren konnte. Schon im Hitlerreich hatte er die Kapitulation dem Widerstand, der Gefahr, dem möglichen Märtyrertum vorgezogen. Und die Sowjets waren im Gegensatz zu den Nationalsozialisten bereit, mehr für eine Kapitulation zu bieten als das nackte Leben; sie boten eine Karriere, Reichtum und Macht."

Dies konnte man sehr bald an der Belohnung von Otto Grotewohl erkennen: Grotewohl wurde, wie viele andere willige Funktionäre der SPD in der SBZ, von der Sowjetischen Militäradministration "belohnt". Mit Geld, Autos, Nahrungs- und Genußmitteln, und mit einer Karriere: Grotewohl (1894 -1964) wurde nach der SED-Gründung Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros, war 1946 bis 1954 mit Wilhelm Pieck von der KPD SED-Vorsitzender, ab Oktober 1949 war Grotewohl Vorsitzender des Ministerrates der DDR, ab September 1960 Stellvertretender Vorsitzender des DDR-Staatsrates.

Der Beurteilung der vielen Illusionäre und Naivlinge, der Opportunisten, Überläufer und Täuscher in der SPD, die ihre Partei in die Vereinigung mit der KPD getrieben haben, kann eine Äußerung Kurt Schumachers am 9. März 1951 im Deutschen

Bundestag über Menschen, die auf die Leimruten kommunistischer Bündnispolitik kriechen, dienen: "Die Rolle, die der Kommunismus den deutschen Illusionären zugewiesen hat, ist doch eine sehr kurzfristige. Sie sollen die Aufgabe erfüllen, dem antidemokratischen, dem totalitären, dem diktatorischen Prinzip zur Macht zu verhelfen..." (Kurt Schumacher) Diese Einschätzung ist seit einem halben Jahrhundert aktuell geblieben.

1.8. Widerstand für die Freiheit

Tausende von Sozialdemokraten schlossen sich nach Gründung der SED in Oppositions- und Widerstandsgruppen zusammen und nahmen Kontakt zu ihrer Partei, der SPD in Westdeutschland und West-Berlin, auf. Diese Sozialdemokraten kämpften gemeinsam mit unzähligen anderen Demokraten für Freiheit und Demokratie in ganz Deutschland und hatten sich, wie der sozialdemokratische Politiker Prof. Carlo Schmid formulierte, "für die Freiheit und gegen die verschleierte, als Demokratie eigener Art getarnte Diktatur" in der SBZ, dem späteren SED-Staat, entschieden.

Die meisten der nach der SED-Gründung wegen ihres Widerstandes verhafteten mindestens 5.000 Sozialdemokraten wurden von Sowjetischen Militärtribunalen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Mindestens 400 von ihnen kamen in der Haft ums Leben.

1.9. Der SED-Staat und seine Helfer aus der SPD

Zahlreiche Sozialdemokraten, die wegen ihres Widerstandes gegen die Vereinigung der SPD in der SBZ mit der KPD verfolgt wurden und jahrelang in Zuchthäusern und Straflagern der Kommunisten verbringen mußten, sprachen damals offen von Verkauf antitotalitärer demokratischer Prinzipien der deutschen Sozialdemokratie. Die von diesen Sozialdemokraten noch lebenden, erheben diesen Vorwurf: Die sowjetkommunistische Diktatur durch die SED von 1946 bis 1989 wurde in erster Linie von Kommunisten geschaffen. Linke ehemalige SPD-Funktionäre leisteten überall tatkräftige Unterstützung. Immer mehr verstrickten sie sich im Macht- und Terrorsystem der SED und waren an vielen Verbrechen dieser Diktatur beteiligt.

Diese aus der SPD in die SED gekommenen Funktionäre waren beteiligt und wurden mitschuldig, insbesondere in den ersten Jahren des SED-Staates, an der Inhaftierung und Verurteilung politischer Häftlinge (bis 1989 340.000) ; mitverantwortlich am Tod politischer Häftlinge, die in der Haft oder danach an den Haftfolgen umkamen; (bis 1989 190.000); sie waren mitverantwortlich am Meinungsterror, Lüge, Terror; an hunderttausendfacher Eigentumswegnahme; Verjagung und Vertreibung unzähliger Menschen aus ihrer Heimat in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und im Ostteil Berlins. Sie waren mitverantwortlich für die Spaltung Deutschlands.

1.10. Dr. Kurt Schumacher, der Mahner gegen die Volksfront

Dr. Kurt Schumacher, am 13. Oktober 1895 in Kulm/Weichsel (Westpreußen) geboren, wirkte nach Kriegsende von Hannover aus entscheidend an der Wiederbegründung der SPD in Westdeutschland mit. Er war der führende Kopf des Widerstandes innerhalb der SPD gegen die von der KPD angestrebte Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten. In den westlichen Besatzungszonen und den Westsektoren Berlins setzte er sich durch. Am 10. Mai 1946 wurde Schumacher zum Vorsitzenden der SPD gewählt Kurt Schumacher starb am 20. August 1952 in Bonn.

Keine Zusammenarbeit, keine Aktionseinheit mit Kommunisten Zu den großen Verdiensten Kurt Schumachers im Kampf um Freiheit und Demokratie und gegen jedweden Totalitarismus gehört, daß er in der SPD bis zu seinem Tode konsequent jede Aktionseinheit der von ihm geführten und geprägten Partei mit Kommunisten, Linksextremisten und Totalitären verhindert hat. Kurt Schumacher hat den Widerstandskampf vieler freiheitlich gesinnter Menschen gegen die Bolschewisierung Mitteldeutschlands und gegen die Diktatur der SED sowie die offensive kämpferische Auseinandersetzung ungezählter Sozialdemokraten im freien Teil Deutschlands mit dem Kommunismus und kommunistischer Deutschlandpolitik geprägt.

Tausende von Sozialdemokraten hatten gemeinsam auch mit Kommunisten in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des NS-Regimes gesessen. Auch Kurt Schumacher war während seiner langjährigen Haft mit vielen kommunistischen Leidensgenossen zusammen. Er wußte jedoch die aus gemeinsamen Leiden

entstandene menschliche Solidarität von jeglicher politischen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, von einer Aktionseinheit oder Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten, eindeutig, scharf und vor allem konsequent zu trennen. Vom Beginn seines politischen Wirkens in der SPD nach Kriegsende an hatte Schumacher die Sozialdemokraten immer wieder gemahnt und davor gewarnt, für die Kommunisten den Blutspender abzugeben und auf irgendwelche Annäherungsversuche auch nur andeutungsweise einzugehen. Immer wieder, unbeirrbar und oft geradezu beschwörend, warnte Kurt Schumacher in Wort und Schrift vor der Bündnispolitik der Kommunisten und anderer Linksextremisten; vor jeder Art von Gemeinsamkeit, der Aktionseinheit; vor irgendwelchen Allianzen von Demokraten mit Totalitären und Extremisten. Noch vier Wochen vor seinem Tode stellte Schumacher in einer Rundfunksendung kategorisch fest, daß die Sozialdemokratische Partei geschlossen die Aktionseinheit mit Kommunisten ablehnt. Das war im Sommer 1952..

Nun sollte man meinen, daß das Erbe Kurt Schumachers in der SPD hochgehalten und seine Warnungen vor den "rotlackierten Faschisten" beachtet worden wären. Weit gefehlt. Die Entwicklung der SPD ging in eine andere Richtung, gegen die sich Schumacher und viele aufrechte Sozialdemokraten immer wieder warnend gewandt hatten. Die spätere Entwicklung der SPD zeigt endgültig den Verlust an tradierten sozialdemokratischen Prinzipien.

1.11. Zwei Jahrzehnte Konsens in der SPD

Zwar herrschte über die strikte Ablehnung jedweder Art von Zusammenarbeit mit Kommunisten und Linksextremisten, "drüben" im SED-Staat und "hüben" in der Bundesrepublik Deutschland, bis zu Schumachers Tod 1952 und längere Zeit darüber hinaus in weiten Teilen der SPD-Organisation und bei den allermeisten SPD-Mitgliedern Konsens. Aber es gab auch in jenen Jahren immer wieder SPD-Mitglieder, die mit Kommunisten und anderen Linksextremisten kollaborierten. oder gar (zum Beispiel im Rhein-Ruhr-Gebiet, in Hamburg, Hessen, Mannheim) lauthals für den Zusammenschluß ihrer Partei mit der KPD warben. Waren das Grotewohls Gesinnungsgenossen? Doch die SPD reagierte damals noch hart und konsequent offensiv und kämpferisch abwehrbereit; bis hin zu Ausschlüssen aus der Partei. Wer

die Übereinkunft der Sozialdemokraten zur Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit Kommunisten und anderen Linksextremisten brach, rückte von einem der wesentlich von Kurt Schumacher geprägten Prinzipien ab. In vielen Fällen trennte sich die SPD, damals, zu Lebzeiten Kurt Schumachers und über ein Jahrzehnt nach seinem Tod hinaus, von solchen Mitgliedern.

1.12. Westarbeit der SED – Die trojanische Kavallerie

Kurze Zeit nach ihrer Gründung im April 1946 begann die SED, unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, mit ihrem politisch-psychologischen Krieg gegen den nicht von Kommunisten beherrschten Teil Deutschlands. Troja fiel, nachdem seine Feinde das "Trojanische Pferd" eingesetzt hatten. Der nichtkommunistische Teil Deutschlands, Westdeutschland, ab 1949 die Bundesrepublik Deutschland, wurde jahrzehntelang von einer höchst aktiven "Trojanischen Kavallerie" berannt: Das war die Westarbeit der SED. Die Zielobjekte dieser Westarbeit waren insbesondere .Parteien, Gewerkschaften, Kultur, Wissenschaft, Publizistik. Sogenannte "Einflußagenten" spielten in der Westarbeit der SED stets eine besondere Rolle. Das waren zumeist Personen, die in ihren Arbeits- und Wirkungsbereichen Einfluß ausüben konnten: Als Politiker, als Parlamentsabgeordnete, Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre, als Publizisten, Hochschullehrer und dergleichen. Das waren Personen, die in ihren Wirkungskreisen kommunistische, sozialistische Ansichten und Zielvorstellungen, sowie Begehren und Forderungen des SED-Staates guthießen, und sowohl in die Bildung öffentlicher Meinung als auch in Entscheidungsprozesse parlamentarischer, politischer Gremien einzubringen versuchten. Nicht immer ohne Erfolg.

Von Georgi Dimitroff, bis 1943 Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, wird in einer Schulungsanweisung der Kommunistischen Partei Italiens diese Definition von "Einflußagenten" überliefert:

"Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß jemand, der mit uns sympathisiert, im allgemeinen mehr wert ist als ein Dutzend militanter Kommunisten". Denn: "Die verdeckte Tätigkeit, die keinen Widerstand erzeugt, ist viel wirksamer als ein Frontalangriff der Kommunisten."

2. Täuschung II

Die Aufweichung der SPD

Der Dissens begann in den sechziger Jahren

Erste deutliche Risse im antikommunistischen, antitotalitären Konsens und damit in der Ablehnung jedweder Aktionseinheit mit Kommunisten und anderen Linksextremisten wurden in der SPD bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, nur wenige Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer und trotz der vorhandenen und damals noch publik gemachten Informationen über den SED-Unrechtsstaat, deutlich. Damals begann der nur wenige Jahre später rapide fortschreitende Prozeß der Verdrängung von Realitäten des SED-Unrechtsstaates.

Zahlreiche SPD-Mitglieder, auch ganze Gliederungen der Partei, insbesondere große Teile der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, hatten begonnen, sich in Aktions- und Agitationsgemeinschaften mit Kommunisten und Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland zu verbünden. Zum Beispiel mit dem SED-Stoßtrupp in der Bundesrepublik Deutschland, wie in zahlreichen sogenannten "Bewegungen", die überwiegend von Linksextremisten bestimmt waren, und von denen etliche vom SED-Unrechtsstaat materiell, finanziell und ideologisch unterstützt wurden wie zum Beispiel die sogenannte Friedensbewegung. Konsequenzen, zum Beispiel Rausschmiss aus der SPD, hatten die Kollaborateure bereits damals kaum mehr zu befürchten. Die Abwehr gegen kommunistische Bündnispolitik und gegen die Westarbeit der SED begann bereits damals, in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, kräftig zu zerbröseln.

2.1. Die Täuschung begann Jahre zuvor, hinter den Kulissen

Doch der Anfang dieses Aufweichungsprozesses liegt ein Jahrzehnt früher, auf der höchsten Führungsebene der Partei. Das lassen Hinweise erkennen, die im ehemals geheimen Archiv des SED-Politbüros gefunden wurden. Aus diesen Unterlagen wird deutlich, daß bereits im Juni 1956 intensive Gespräche von Spitzenfunktionären der SPD mit ebensolchen der KPdSU in Moskau stattgefunden haben. Seitens der SPD beteiligten sich, so steht es in den Aufzeichnungen des SED-Spitzenorgans geschrieben, unter anderem der damalige SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und

sein Stellvertreter Wilhelm Mellies, und das damals noch "einfache" Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, Herbert Wehner. In einem Ergebnisprotokoll über das SPD-KPdSU-Spitzengespräch ist nachzulesen, daß Ollenhauer eine Stärkung der Position der Sowjetunion befürwortet und die Hoffnung geäußert habe, daß die in ihrer Position gestärkte Sowjetunion der SPD "den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands erleichtern würde". Mellies habe die Auffassung Ollenhauers ausdrücklich unterstützt. Ollenhauer, Mellies und Wehner erhofften sich "von irgendwelchen sowjetischen Institutionen" eine Einladung nach Moskau. Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer sprach sich für die Herstellung von Kontakten zwischen den sowjetischen Schein-Gewerkschaften und dem Deutschen Gewerkschaftsbund aus.

Auf leisen Sohlen in die Kollaboration

Ende November 1967 hatten sich drei Vertreter der SPD auf leisen Sohlen auf eine Auslandsreise begeben, von der zunächst nicht einmal der zuständige Leiter der Auslandsabteilung beim SPD-Parteivorstand und auch etliche Präsidiumsmitglieder nichts wußten. Egon Franke (ab 1969 lange Zeit Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen), Fried Wesemann (damals Direktor der Informationsabteilung beim SPD-Parteivorstand), und der ehemalige Kommunist und Chefredakteur beim Ostberliner "Deutschlandsender" (das war ein wichtiges Instrument der SED-Westarbeit), Leo Bauer, (in den sechziger Jahren eine Art "Chefideologe" der SPD) reisten nach Rom, wo sie sich mit Spitzenfunktionären der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) zu ersten Gesprächen trafen. Diese Gespräche wurden 1968 in Rom und München unter Beteiligung von Willy Brandt (damals Außenminister und Vizekanzler in der Großen Koalition mit der CDU), Egon Bahr und Horst Ehmke fortgesetzt. Im Januar 1989 fand eine weitere Konsultation von SPD- und KPI-Spitzenfunktionären in Bonn statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Erörterungen der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit beider Parteien auf europäischer Ebene, insbesondere im Europäischen Parlament. Die ersten SPD-KPI-Konsultationen in den Jahren 1967 und 1968 sollten unter anderem dazu beitragen, die günstigsten Bedingungen für die Verwirklichung einer stufenweisen Annäherung von SPD und SED zu schaffen. Als eine "Gegenleistung" stellte Brandt in einem Gespräch mit dem damaligen KPI-Vorsitzenden Luigi Longo

im Januar 1968 die baldige Wiedezulassung der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD in der Bundesrepublik Deutschland in Aussicht. Nur acht Monate später, Ende September 1968, wurde von einem führenden Funktionär der verbotenen KPD auf einer Pressekonferenz in Frankfurt/Main eine "Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei" vorgelegt. Nach einem einfachen "Bäumchen-wechle-dich"-Spiel war aus der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) die neukonstituierte Deutsche Kommunistische Partei (DKP) geworden, die vorgab, auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu stehen. Diese "neukonstituierte" KP etablierte sich auf ihrem 1. Parteitag im April 1969 endgültig als "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP).

Bemerkenswert ist, daß zweieinhalb Monate vor der "Neukonstituierung" der DKP, am 4. Juli 1968, ein intensives, für die Kommunisten ertragreiches "Beratungs"-Gespräch zweier führender Funktionäre der illegalen KPD mit dem damaligen Bundesjustizminister Dr. Gustav Heinemann und dessen Staatssekretär Prof. Dr. Horst Ehmke stattgefunden hatte.

2.2. Wer hat sich gewandelt?

Die von dem SPD-Politiker Egon Bahr 1963 als ein Mittel zur Wiedervereinigung Deutschlands aufgestellte Formel "Wandel durch Annäherung" ("Wandel" im SED-Unrechtsstaat durch dessen "Annäherung" an die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und an die Prinzipien eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates) verkam in der SPD-Führung und nach und nach in großen Teilen der SPD, wie auch in anderen Bereichen von Politik und Publizistik in der Bundesrepublik Deutschland spätestens nach Bildung der SPD/FDP-Koalition und seit Beginn der sogenannten "Neuen Ost- und Deutschlandpolitik" mehr und mehr zu einem gefährlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland: In der geistig-politischen offensiven Auseinandersetzung mit dem SED-Unrechtsstaat, mit dem Kommunismus und dem Linksextremismus. Sogleich nach der Bundestagswahl 1969 wurde die Westarbeit der SED erheblich verstärkt; auf der Grundlage folgender Lagebeurteilung:

Die SPD habe die echte Chance, für einen längeren Zeitraum Regierungspartei zu bleiben und verantwortlich die Richtlinien der "Bonner Politik" festzulegen. Diese

Tatsache müsse die Taktik und Strategie der Einflußnahme auf Mitgliedschaft und Funktionäre der SPD bestimmen. Diese Taktik führte langfristig zum Erfolg.

2.3. Die SPD-SED-Kontakte nehmen zu

Ab 1970 nahmen die Kontakte der SPD (auf allen Organisationsebenen) zur SED – ebenfalls auf allen Organisationsebenen - sowie zu den sogenannten Massenorganisationen im SED-Staat (z.B. zur Staatsjugendorganisation FDJ, zum "Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" FDGB) stetig zu und wurden enger. Neben den quasi "offiziellen" Kontakten zwischen Amtsträgern der freiheitlichen demokratischen Bundesrepublik Deutschland und des SED-Unrechtsstaates entwickelten sich die "Westarbeits"-Kontakte auf allen Ebenen ganz im Sinne der SED und des SED-Unrechtsstaates prächtig. Der "Westarbeits-Reiseverkehr" von West nach Ost und Ost nach West nahm ständig zu. Massenhaft fuhren SPD-Funktionäre und Mandatsträger aller Kategorien in den SED-Unrechtsstaat und palaverten dort mit höchsten und hohen staatlichen Amtsträgern, höchsten und hohen Funktionären der SED und den von dieser Partei bestimmten Organisationen. Im März 1970 wurde der damalige Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk gefragt: "Beabsichtigen Sie, eine Aussprache zwischen Ihrer Partei und der SED in die Wege zu leisten?" Seine Antwort lautete: "Es ist dafür kein Grund gegeben, und es sind keine Voraussetzungen gegeben. Und im übrigen muß man wissen, daß die entscheidenden Unterschiede zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Kommunisten uneingeschränkt fortbestehen und nicht verwischt werden dürfen. Das muß gerade in dieser Zeit besonders deutlich zum Ausdruck gebracht werden."

Der jetzige Bundeskanzler und SPD-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder gehörte, in verschiedenen Funktionen im staatlichen Bereich und auf der Parteiebene, zu den von der SED gern gesehenen häufig empfangenen Gesprächspartnern. Im September 1985 hob der SED-Boß Honecker bei einem Tête-à-Tête mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt die Kontakte mit Gerhard Schröder als begrüßenswert hervor und meinte, daß Schröder, wie auch Lafontaine, Engholm, Hauff "zu den tüchtigsten jungen Leuten, zur nachrückenden Generation der SPD" gehöre. An das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und "Kronprinz" Erich Honeckers, an den

"lieben Egon Krenz", schrieb Schröder nach einem Gespräch mit dem SED-Generalsekretär und Boß des SED-Unrechtsstaates im Dezember 1985: "Besonders war ich von Erich Honecker beeindruckt."

Mehr und mehr paßten sich die Gesprächspartner aus der SPD den SED-Positionen in der deutschen Frage an. Viele verkündeten nach ihren Zusammenkünften lauthals und eifertig unterstützend Forderungen der SED zum Beispiel nach Anerkennung einer "DDR-Staatsbürgerschaft", nach Auflösung der staatlichen Erfassungsstelle für SED-Verbrechen in Salzgitter, oder nach einer neuen Ziehung der Demarkationslinie an der Elbe, selbstverständlich zugunsten des SED-Unrechtsstaates. Unzählige sogenannte "Reisekader" der SED-Westarbeit, insbesondere der Westabteilung beim Zentralkomitee der SED und des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) mit engen Verbindungen zum Ministerium für Staatssicherheit, tauchten in der Bundesrepublik Deutschland auf und unterhielten Kontakte unterschiedlicher Intensität nicht nur mit Funktionären und Mandatsträgern der SPD, sondern zum Beispiel auch anderer Parteien und der Gewerkschaften, mit Wissenschaftlern, Publizisten und Schriftstellern, Wissenschaftlern, Künstlern. Der Leitartikel im Februarheft 1976 der SPD-Mitgliederzeitschrift "sozialdemokrat magazin" beginnt mit dem Satz: "Der Trennungsstrich zwischen den deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten ist und bleibt scharf gezogen." Die Wirklichkeit strafte diese "Schutzbehauptung" Lügen.

2.4. Die Kollaboration verdichtet sich

Es blieb nicht bei lockeren Gesprächen und lockerem Techtelmechtel zwischen SPD und SED. In der Bundesrepublik Deutschland fanden zahlreiche gemeinsame SPD-SED-Seminare statt, zumeist veranstaltet von der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Hochrangige SPD-Funktionäre hielten Vorträge am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft und an der SED-Parteihochschule "Karl Marx". Im April 1986 nahm erstmalig ein offizieller Vertreter der SPD an einem SED-Parteitag teil. Im September 1988 nahm erstmals ein offizieller Vertreter des SED-Stoßtrupps DKP an einem Bundesparteitag der SPD teil.

Im Oktober 1986 bestritten der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt, auch einer der regelmäßigen "Gäste" der SED und ihrer Westarbeits-Institutionen, und Dr.

Manfred Uschner, der stellvertretende Leiter der Abteilung "Internationale Politik und Wirtschaft" (Westabteilung) beim SED-Zentralkomitee, gemeinsam eine Veranstaltung im Volksbildungsheim in Frankfurt am Main. Hinterher ließ sich der SPD-Mann Voigt so vernehmen: "Für die Sozialdemokratie wird dieser Abend einmal große Bedeutung haben."

Im Sommer 1987 beschlossen SPD und SED gemeinsam ein sogenanntes "Dialogpapier", das die Beziehungen zwischen beiden Parteien vertiefen und die Politik, insbesondere die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, beeinflussen sollte. Im Oktober 1987 äußerte Prof. Dr. Johano Strasser, Mitglied der SPD-Grundwertekommission:

"Ich zähle darauf, daß dieses Papier und diese Tendenz, die hier festgeschrieben ist, zu der politischen Substanz gehört, auf deren Basis eine Veränderung, eine andere Regierung in diesem Land wieder möglich sein wird. Wir sollten alles dafür tun, daß in der SPD in dieser Richtung weitergearbeitet wird."

Typisch dafür, wie weit SPD-Funktionäre den SED-Genossen entgegenkamen, ist ein Gespräch des SPD-Mandatsträgers Prof. Dr. Horst Ehmke mit dem langjährigen Leiter der Westabteilung beim Zentralkomitee der SED, Herbert Häber, im Februar 1981. Nach dem von Häber angelegten Gesprächsprotokoll bezeichnete Ehmke eines der großen linkslastigen, auch vom SED-Staat unterstützten Volksfrontbündnisse, die sogenannte "Friedensbewegung", als eine große Bewegung, die sich "mit Gottes und Eurer Hilfe" zusehends entwickle.

Jahre später schrieb der letzte SED-Generalsekretär und "DDR"-Staatsratsvorsitzende Egon Krenz im September 1997 in der PDS-Zeitung "Neues Deutschland", daß sein Vorgänger Erich Honecker 1983 eine Mitteilung vom damaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt erhalten habe, in der er die Meinung vertrat, daß die "Antiraketenbewegung" die SED und SPD einander nähergebracht habe. Nun müsse, schrieb Brandt, gemeinsam darüber nachgedacht werden, wie man dies der Öffentlichkeit deutlich machen könne.

Der (Un)Geist der wachsenden Aktions- und Agitationseinheit, der (Un)Geist der SPD-SED-Palaver, auch der (Un)Geist der Faszination, den wohl insbesondere der oberste Boß der SED und des SED-Unrechtsstaates auf SPD-Genossen ausübte, wird in einer Äußerung Willy Brandts nach einem Gespräch mit Erich Honecker im

September 1985 in Ost-Berlin deutlich. Auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin sagte Brandt, "daß bei der Bedeutung dieses anderen deutschen Staates in der europäischen Zusammenarbeit , nicht nur im Warschauer Pakt und im RGW (= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bei der Bedeutung und Erfahrung des ersten Mannes dieses anderen deutschen Staates ich nur davon gewinnen könnte, als Person und in meiner politischen Arbeit, wenn ein solcher Meinungs austausch eine Fortsetzung fände". Der Präsident des Senats und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Henning Voscherau (SPD), beschrieb nach seinem ersten Gespräch mit Honecker im Februar 1989 auf einer internationalen Pressekonferenz dieses geradezu schwärmerisch als ein außergewöhnlich freundliches, herzliches, außerordentlich fruchtbares und konstruktives Gespräch.

Aufweichung auf vielen Ebenen

Die über zwei Jahrzehnte anhaltenden und stetig enger werdenden Kontakte der SPD zur SED und den von ihr abhängigen sogenannten Massenorganisationen waren nur ein deutliches Zeichen eines tiefreichenden Wandlungsprozesses in der SPD. Seit Ende der sechziger Jahre und beschleunigt ab Beginn der sogenannten Neuen Ost- und Deutschlandpolitik 1970 änderte sich das Verhältnis dieser Partei zum kommunistischen Totalitarismus. Die im Geist von Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Fritz Erler und anderen Sozialdemokraten bestehende grundsätzliche Ablehnung des Ulbricht- und Honecker-Regimes wurde mehr und mehr durch eine Respektierung und Akzeptierung des SED-Unrechtsstaates und der allein herrschenden SED ersetzt. Mehr noch, die alten Genossen, die treu im Geiste Kurt Schumachers wirkten, werden mehr und mehr isoliert und ausgegrenzt.

2.5. Die Mahner in die Ecke!

Die Mahner, die Warner , die Kritiker, unter ihnen zahlreiche Opfer kommunistischen Terrors, wurden ignoriert. Viele Sozialdemokraten, die wegen ihrer Treue zur SPD und wegen ihres aktiven Einsatzes in der SBZ im SED-Unrechtsstaat für eine freie SPD in einem freien Gesamtdeutschland und für die Einheit Deutschlands in Freiheit für viele Jahre im Archipel Gulag verschwanden, wurden mehr und mehr isoliert und beiseitegedrängt. Viele dieser Sozialdemokraten warfen der Parteiführung und ihrer Partei zum wiederholten Male Täuschung und Umfallen vor.

Ein alter Sozialdemokrat, von den Nationalsozialisten und von den Kommunisten verfolgt und inhaftiert, schrieb zur Begründung seines Austritts aus der SPD im Dezember 1970: "Was sind schon (im Gegensatz zu den "die SPD zerstörenden Kreise") die ehemaligen Häftlinge, die die besten Jahre ihres Lebens hingaben, um der SPD die Treue zu halten? Sie werden beiseitegeschoben...Zum Schluß ein russisches Sprichwort, es gilt für die Führung der SPD: Wohin rollst du, Äpfelchen?." Diese Frage war realistisch und berechtigt. Doch der Briefschreiber konnte sich damals selbst in seinen schlimmsten Ahnungen wohl kaum vorstellen, wohin "das Äpfelchen" in den folgenden zwei Jahrzehnten ... und darüber hinaus rollte.

2.6. "Offene deutsche Frage" - was ist das?

Das Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit wurde von der SPD zunehmend aufgegeben; die Offenheit der deutschen Frage wurde sowohl in den Führungsgremien als auch in weiten Teilen der Partei verneint. "Eine wirklich offene deutsche Frage existiert nicht mehr", hieß die Parole. Willy Brandt nannte die Wiedervereinigung Deutschlands und das ständige Streben danach eine "Lebenslüge" der Bundesrepublik Deutschland. Egon Bahr verunglimpfte Forderungen nach Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als Heuchelei und verkündete unverhohlen: "Als Sozialdemokrat, als Deutscher, als Europäer, bin ich mehr denn je davon überzeugt, daß es unsere Aufgabe ist, die Chancen in der Teilung zu suchen."

Parallel zur fortschreitenden Öffnung der SPD für Gesprächskontakte und mehr Zusammenwirken mit der SED wuchsen in der Bundesrepublik Deutschland die Aktionsbündnisse von SPD-Mitgliedern und SPD-Organisationen mit Kommunisten und anderen Linksextremisten. Formal noch geltende "Abgrenzungsbeschlüsse" waren spätestens Anfang der siebziger Jahre vollends zur Makulatur geworden.

September 1989: SPD-SED-Dialog ausweiten!

Im September 1989, nur wenige Monate vor dem Zusammenbruch des SED-Unrechtsstaates, forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete mit langjährigen Kontakten zur SED und SED-Westarbeit, Karsten Voigt, auf einer SPD-Veranstaltung

mit Gästen aus der SED, die Fortsetzung und die Ausweitung des "Dialogs zwischen SPD und SED". Ebenso äußerten sich zur gleichen Zeit auch etliche andere SPD-Spitzenpolitiker. Das war nur wenige Monate vor dem Zusammenbruch des SED-Staates und der Umbenennung, nicht Auflösung, der SED. Die von Voigt verlangte Fortsetzung folgte sehr bald.

3. Täuschung III

Der eine Partner heißt jetzt anders – aus "SED" wurde "PDS"

Nur kurze Zeit auf Eis

Ende 1989 begann der SED-Unrechtsstaat zusammenzubrechen. Die 43 Jahre alte SED korrodierte, die alte Führung wurde abgelöst, die Partei bekam einen anderen Namen. Bis zum Februar 1990 hieß sie SED/PDS, dann wurde der in Mißkredit geratene Name SED aus dem Firmenschild gestrichen, seitdem nennt sich die SED-Fortsetzungspartei PDS. Etliche ihrer Spitzenfunktionäre holten sich in zahlreichen Gesprächen zwischen Ende 1989 und Anfang 1991 viele Ratschläge aus der KPdSU, sie erhielten viele politisch-ideologische Hinweise und bündnispolitische Anregungen für ihr künftiges Verhalten, für das Agieren und Agitieren der SED-Fortsetzer in einem demokratischen, freiheitlich parlamentarischen Deutschland. Es gab nur eine kurze "Schamfrist". Dann begann sachte, zunächst im außerparlamentarischen Bereich in sogenannten "Bewegungen" und in anderen außerparlamentarischen Aktionsbündnissen, die Fortsetzung von SPD-SED/PDS-Kontakten. Jungsozialisten in der SPD hatten bereits im Juni 1990 in einem in Augsburg verteilten Flugblatt gefordert: "Aus der PDS ist eine Partei geworden, die bei voller Anerkennung der Prinzipien bürgerlicher Demokratie in ihrem Kern eine links-sozialdemokratisch-reformierte Politik verfolgt. Der Angriff gegen die PDS ist somit ein Angriff auf alle Linken. Wir fordern die SPD auf, ihre Anti-PDS-Politik einzustellen." Wenn es denn jemals ernsthaft eine solche Politik gegeben hat. Die ersten Früchte der Annäherung von PDS und SPD zeigten sich bald:

3.1. Das "Magdeburger Modell" als Schleusenöffner

1994 kam es zu einem rot-roten Aktionsbündnis auf höherer Ebene. Die SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt konnte und kann bis heute nur mit der "Tolerierung" durch die PDS regieren. Das "Magdeburger Modell" hat bis heute Bestand und wird voraussichtlich nach der nächsten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zu einer ordentlichen SPD-PDS-Koalition führen. Im Sommer 1995 entstand in Mecklenburg-Vorpommern ein nach der gleichnamigen Stadt genannter "Warener Kreis" als ein "Gesprächskreis der Linken innerhalb der SPD". In einem Interview des Sprechers dieses Kreises, Rudolf Borchert, Mitglied des SPD-Landesvorstandes, mit der PDS-Zeitung "Neues Deutschland" bezeichnete dieser die SED-Fortsetzungspartei als "wichtigen Partner für die linken Reformkräfte in Deutschland." Zur gleichen Zeit wurde auch andernorts in der SPD die zeitweilige Zurückhaltung gegenüber der SED/PDS aufgegeben. Nach Äußerungen der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis (SPD), daß ihre Partei durchaus mit der PDS auch bei Abstimmungen im Bundestag kooperieren sollte, redeten auch andere SPD-Spitzenpolitiker unverhohlener über mögliche Aktionseinheiten mit der SED-Fortsetzungspartei. Der damalige Vorsitzende der PDS-Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, frohlockte über die positiven Ansätze in der SPD für einen veränderten (wieso eigentlich "veränderten"?) Umgang mit der PDS. "Das kann die SPD verändern. Ich denke an Höppner, Stolpe und Ringstorff."

"Hat die SPD aus der Geschichte nichts gelernt - oder nicht lernen wollen?", fragten ehemalige SPD-Mitglieder, von denen die meisten die Partei wegen deren seit Jahrzehnten anhaltenden Verhaltens zu Kommunisten und anderen Linksextremisten verlassen hatten.

Anfang 1998 wurde in Hessen ein "Forum für sozialistische Verständigung" gegründet, dem vor allem Mitglieder der SPD beitraten. Das Forum trat dafür ein, daß "Sozialistinnen und Sozialisten für die Interessen der Mehrheit unseres Volkes in größerem Konsens handeln, damit eine Verdrängung der PDS aus dem Parlament nicht zum Wahlziel der SPD wird, sondern SPD und PDS endlich lernen, respektvoll miteinander umzugehen und sich gegenseitig als Chance füreinander zu begreifen, statt sich zu verleumden und zu bekämpfen".

3.2. Lafontaine: Schluß mit der Abgrenzung zur PDS

Im November 1995 wurden in der SPD die letzten Hemmungen gegenüber der SED-Fortsetzungspartei beiseite geräumt. Der SPD-Spitzenpolitiker Oskar Lafontaine, auch ein langjähriger Gesprächspartner der SED mit höchst durchlässigen "Grenzen" gegenüber dieser Partei und dem SED-Unrechtsstaat, traf sich mit dem damaligen Vorsitzenden der PDS-Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, zu einem Gespräch. Danach bestätigte er in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL, daß er "von Anfang an eine zu starke Ab- und Ausgrenzung" der PDS "für falsch gehalten" hat. Zahlreiche Funktionäre und Mandatsträger der SPD signalisierten sofort nach Bekanntwerden des Treffens Lafontaine - Gysi Zustimmung. Der damalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rudolf Scharping, äußerte: "Es gibt keine Koalition in der Opposition und auch keine Zusammenarbeit" mit der PDS." Diese Aussage ließ aufhorchen und die Frage stellen, ob Scharping damals etwa Koalitionen und dergleichen Allianzen und Aktionsbündnisse von SPD und PDS, die tatsächlich bereits bestanden, etwa nur "in der Opposition" ausschloß und Koalitionen "in der Regierung" für möglich hielt.

3.3. 1998: Die erste rot-rote Koalition in einem Bundesland

Drei Jahre später gab es die (erste) rot-rote Koalition in einem Bundesland. In Mecklenburg-Vorpommern wurde nach der dortigen Landtagswahl eine mit dem SPD-Landeschef Harald Ringstorff als Ministerpräsident regierende SPD-PDS-Koalition auf die Beine gestellt. Der Bundesvorstand der SPD zierte sich der Öffentlichkeit wegen für nur kurze Zeit und stimmte bald den Genossen in Mecklenburg-Vorpommern uneingeschränkt zu. Der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering hatte bereits Monate zuvor der SPD in den neuen Bundesländern einen Freibrief für die Zusammenarbeit, auch in Koalitionen, mit der SED-Fortsetzungspartei erteilt.

Dem damaligen SPD-Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine ging wohl die "Normalisierung" des Verhältnisses der SPD zur SED-Fortsetzungspartei, wie es bis 1989 zur SED bestand, immer noch nicht schnell genug. Wenige Monate nach Bildung der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern tat Lafontaine, damals

Finanzminister in der rot-grünen Bundesregierung, die seiner Meinung nach immer noch vorhandene Kritik an der Haltung seiner Partei zur PDS als das "übliche Geschrei" ab. Die sogenannte "Dresdner Erklärung" von 1974, mit der die SPD-Führung formal, aber halt eben nur formal, eine Zusammenarbeit von SPD und PDS noch ausgeschlossen hatte, wurde für "erledigt" erklärt. Lafontaine stellte fest: Diese Erklärung ist durch die Wirklichkeit längst überholt (wie wahr!) und somit ein "alter Hut". Bereits wenige Wochen zuvor hatte sich das "SPD-Forum Ost" für eine weitere Zusammenarbeit der Partei mit der PDS ausgesprochen. In seinem im Herbst 1999 erschienenen Buch "Das Herz schlägt links" plädiert Lafontaine für Bündnisse der SPD mit der SED-Fortsetzungspartei auch auf Bundesebene. Als SPD-Vorsitzender habe er stets versucht, "die plumpe Stigmatisierung der PDS durch die CDU/CSU aufzubrechen". Dann äußert er: "Die SPD war nach meiner Auffassung gut beraten, die PDS schrittweise an Länderregierungen zu beteiligen und so dazu beizutragen, daß die PDS die Rolle einer normalen Partei in der Demokratie finden würde." Lafontaine lobt sodann seinen Nachfolger im Amt als SPD-Vorsitzender: Als erster habe Gerhard Schröder dafür plädiert, die PDS an einer Landesregierung zu beteiligen.

3.4. Das SPD/PDS-Verhältnis wird ständig "normaler"

Die sogenannte "Normalität" wurde, und wird immer noch, ständig "normaler". Der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), hielt bereits im März 2000 eine SPD-PDS-Koalition in Berlin für nicht ausgeschlossen. In den Berliner Bezirken sei die PDS für die SPD schon lange ein bündnisfähiger Partner. Monate später bestätigte Momper erneut die Bereitschaft der SPD, mit der PDS in Berlin zu koalieren.

Im Juni des gleichen Jahres rief der damalige Vorsitzende der Jungsozialisten in der SPD, Benjamin Mikfeld, zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit der Linken auf. Vor allem Linke in der SPD, bei den Grünen sowie "aufgeklärte PDS-Politiker" und Mitglieder von DGB-Gewerkschaften. Mikfeld plädierte dafür, das "kleine intellektuelle Netzwerk" namens "Cross over", in dem SPD- und PDS-Mitglieder bereits eng zusammenarbeiten, auf eine breitere Basis zu stellen. Als vorrangige Aufgaben dieses "Netzwerkes" nannte Mikfeld: Eine intensive Debatte und Verständigung über Zukunftsprojekte "der Linken" und eine ständige Verbesserung

der "Kampagnenfähigkeit der Linken". Im Oktober desselben Jahres begrüßte der Juso-Vorsitzende die zunehmende "Entkrampfung" der SPD gegenüber der PDS. Diese Partei habe einen Reformkurs eingeschlagen, der auch "mit sozialdemokratischer Politik kompatibel ist", befand der Juso-Chef.

Zur gleichen Zeit nannte Volker Schlotmann, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, als Hauptgrund für die rot-rote Koalition, daß in vielen Sachfragen eine größere Nähe der SPD zur PDS als zur CDU besteht. "Ich meine, daß dieses Experiment eine längere Zeit verdient als nur vier Jahre," sagte der SPD-Politiker. In einem Forschungsprojekt über die Arbeit der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern stellten zwei Wissenschaftler fest, daß diese Koalition einen "kaum zu unterschätzenden Beitrag zur Entdämonisierung der PDS" leiste. Diese "Entdämonisierung" nutze aber nicht nur der PDS selbst, sie bereichere vielmehr, wenn auch nicht schlagartig, sofort und überall, die Entwicklungsmöglichkeiten nicht weniger Menschen innerhalb wie außerhalb dieses Bundeslandes. Durch die Beteiligung an der Regierung in Mecklenburg-Vorpommern avanciere die PDS zum "Minenhund der demokratischen Sozialisten", behaupten die beiden Wissenschaftler in ihrem Bericht.

3.5. "Ein Traum" - Die roten Socken stinken nicht mehr

Auf der "Abschieds-Party" der PDS-Bundestagsfraktion für ihren scheidenden Vorsitzenden Gregor Gysi erzählte die Journalistin Luc Jochimsen (Hessischer Rundfunk) von ihrem Traum: Ähnlich wie im italienischen Bologna könnte auch in einer deutschen Großstadt ein Linksozialist vom Schlage Gysis Bürgermeister werden. Der ebenfalls anwesende SPD-Generalsekretär Franz Müntefering hörte diesen Traumbericht bestimmt nicht ohne Interesse. Zur gleichen Zeit schrieb der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Donnermeyer, zur wachsenden Zusammenarbeit der SPD mit der SED-Fortsetzungspartei: "Die Roten Socken stinken nicht mehr."

Nach einem Treffen der Parteichefs Gerhard Schröder (SPD) und Lothar Bisky (PDS) im Oktober 2000 gab sich der damalige PDS-Boß zuversichtlich: Die Zeit der Ausgrenzung seiner Partei ist beendet. Es gibt seitens der SPD deutliche Signale einer weiteren Annäherung. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter

Struck, verkündete, die SPD wolle im Bundestag stärker mit der PDS zusammenarbeiten; die Zeit der Ausgrenzung geht zu Ende.

4. Nagelprobe Berlin

Und nun kommt es in Berlin zur Nagelprobe. Die Weichen für eine Koalition aus SED-Nachfolgepartei PDS und SPD sind gestellt.

- Der derzeitige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit schließt eine Zusammenarbeit mit der PDS nach den Wahlen nicht aus.
- Der SPD-Landesvorsitzende Peter Strieder hält die Option seiner Partei für eine Zusammenarbeit mit der PDS offen.
- Die Bundesführung der SPD hat nicht nur nichts an dem Kurs der Berliner SPD in Richtung rot-roter, vielleicht auch rot-rot-grüner Koalition auszusetzen, sondern greift selbst kräftig ins Steuer, mit der Parole: Dieser Kurs wird beibehalten! Jahre zuvor hatte Schröder entschieden jeden Appell zu einem förmlichen Abgrenzungsbeschluss seiner Partei als dreiste Forderung zurückgewiesen. Auf einem Sonderparteitag der Berliner SPD im Jahr 2001 bedankte sich Schröder besonders bei den SPD-Mitgliedern aus dem Ostteil Berlins dafür, daß sie die Beteiligung an der Abwahl des Senats der Großen Koalition toleriert hätten und "angesichts ihrer Erfahrungen in der DDR dennoch für einen Neuanfang" gewesen seien. Schröder "beruhigte" seine Genossen mit der Behauptung, der PDS-Spitzenkandidat sei halt kein böser Wolf im Schafspelz.
- Die SPD-Bundestagsfraktion wurde vom Parteivorsitzenden und Kanzler auf Vordermann gebracht; Diskussionen über das Verhältnis der SPD zur SED-Fortsetzungspartei wurden kurzerhand verhindert. Basta! Die Zeit der Ausgrenzung der PDS, die Zeit der ohnehin immer brüchiger gewordenen Abgrenzung der SPD gegenüber der SED-Fortsetzungspartei ist endgültig vorbei, wenn sie denn in der Praxis jemals von Bedeutung war.
- Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff, hält eine

rot-rote Koalition auch in Berlin für möglich. Wenn die Wähler das wollten, sei den Berlinern eine Koalition der SPD mit der PDS "zuzumuten", sagte er. Nach seinen Erfahrungen mit dem roten Koalitionspartner in Schwerin strebe die PDS keine Systemveränderung an: "Ich kann nicht sehen, daß es diesen Wunsch gibt. Sie finden hier keinen PDS-Politiker, der glaubt, daß von Mecklenburg-Vorpommern die Revolution ausgehen könnte."

- Hans-Jochen Vogel, früherer SPD-Bundesvorsitzender und am Beginn der achtziger Jahre Regierender Bürgermeister in Berlin, sagte in einem Interview mit dem Bonner General-Anzeiger: "Aber wenn sonst (nach dem Wahlergebnis) nur die Neuauflage der großen Koalition bliebe, deren Berlin ganz offenbar überdrüssig ist, dann muß man die nach wie vor bestehenden Bedenken (gegen die PDS) wohl zurückstellen. Davon abgesehen kann man die PDS heute nicht mehr ohne weiteres mit der SED der Jahre vor der Wende gleichsetzen."

- Der SPD-Politiker Erhard Eppler, langjähriger Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, sieht in der SED-Fortsetzungspartei keine Gefahr für das System der Bundesrepublik Deutschland. Dr. Kurt Schumacher hatte nach dem Kriege seine Partei immer wieder nachhaltig davor gewarnt, für die Kommunisten den Blutspender abzugeben. Seit einigen Jahren nutzt die SPD die SED-Fortsetzungspartei PDS als Blutspender für den Aufbau linker, rot-roter Koalitionen oder anderer Allianzen. Als Gegenleistung erhält die SED-Fortsetzungspartei immer wieder eine Blutauffrischung. Sie wird dadurch zunehmend bündnis- und regierungsfähiger.

Im 40. Jahr des Mauerbaus strebt die PDS mit Hilfe der SPD an die Macht; Gysi ist Spitzenkandidat seiner Partei, die sich niemals für die Mauertoten, Spitzelopfer und Unterdrückten entschuldigt, deren Parteiprogramm noch heute Gültigkeit hat. Die Väter des Grundgesetzes, unter ihnen viele honorige Sozialdemokraten, müßten sich im Grabe rumdrehen. Denn das Bekenntnis der PDS zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland erscheint nicht nur dem Verfassungsschutz fragwürdig. Laut Parteiprogramm ist die "sozialistische Erneuerung Deutschlands" das oberste politische Ziel der PDS, das die "Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens" macht. Um eine solche Umwälzung zu erreichen, hält die PDS den "außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend". Der erzwungene Zusammenschluß von KPD und SPD 1946 zur SED scheint vergessen.

"Und mehr noch: So groß ist die Macht des Wortes über den Geist, daß derjenige, der gewohnt ist, sich als 'Mann der Linken' zu betrachten, unbewußt von einer trügerischen verbalen Identifikation zu einem psychologisch realen Gefühl der Solidarität verleitet wird. Dieses Gefühl mag sich in kritischer, polemischer oder sogar feindseliger Form seinem Objekt - dem Nachbarn von der extremen Linken - gegenüber äußern, es bleibt noch ein Rest des nachbarlichen Gefühls, der Überzeugung, von den gleichen historischen Wurzeln abzustammen, auf der gleichen Seite der Barrikade zu stehen."

Arthur Koestler, Schriftsteller, 1931 - 1938 Mitglied der KPD, engagierte sich ab 1945 aktiv gegen den Kommunismus.